

100. Vollversammlung

**Sitzung am
23.02.2018
Beschluss Nr. 9 c 3**

Perspektiven für eine jugendgerechte Regierung

Junge Menschen und Jugendarbeit waren als Themen in der Arbeit der aktuellen Regierungskoalition zu wenig präsent. Die Umbildung der Regierung gibt Anlass, nochmals auf die Erwartungen der Jugendverbandsarbeit hinzuweisen.

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD für die Legislaturperiode 2017-2022 steht: „Um die ehrenamtliche Arbeit der Jugendverbände auch für die Zukunft zu sichern, wollen wir die Zahl der hauptamtlichen Jugendbildungsreferenten maßvoll und nachfrageorientiert in Abstimmung mit dem Landesjugendring erhöhen.“

Die Nachfrage, in Bezug, auf die im Koalitionsvertrag beschriebene maßvolle nachfrageorientierte Erhöhung wird durch die Bedarfsmeldung der Jugendverbände definiert. Es ist sicherlich maßvoll wenn wir von insgesamt 8,5 JugendbildungsreferentInnenstellen für 25 Jugendverbände reden. Nur eine Abdeckung, aller gemeldeten Bedarfe nach JugendbildungsreferentInnenstellen, im Laufe der Legislaturperiode wäre ein deutliches Signal an die Jugendverbände, dass die Landesregierung ihre Worte im Koalitionsvertrag ernst nimmt.

Im Vorfeld der angekündigten Kabinettsumbildung im saarländischen Landtag stellen der Landesjugendring Saar und seine Mitgliedsverbände folgende Anforderungen für eine jugendfreundliche und jugendgerechte Regierung an bisherige und zukünftige Kabinettsmitglieder:

- 1) Junge Menschen sind an allen sie betreffenden Entscheidungsprozessen angemessen und wirksam zu beteiligen.
- 2) „Jugend“ als Querschnittsthema muss ressortübergreifend Raum in der Regierungsbearbeitung finden.
- 3) Ein grundlegendes, zukunftssicherndes und zukunftsweisendes Gesamtkonzept der saarländischen Kinder- und Jugendpolitik für 2020 ist unter Beteiligung des Landesjugendrings und seiner Mitgliedsverbände zu erstellen.

Die 100. Vollversammlung des Landesjugendrings Saar bekräftigt die folgenden konkreten Forderungen¹ zur finanziellen Unterstützung der Jugendverbände im Interesse der saarländischen Kinder- und Jugendpolitik:

- einen detaillierten Plan zur Umsetzung der Erhöhung der noch fehlenden 4,75 Stellen für JugendbildungsreferentInnen, welche der Landesjugendring als Bedarf an das zuständige Ministerium gemeldet hat,
- eine dauerhafte Festschreibung des derzeitigen Gesamtbedarfs von mindestens 8,5 JugendbildungsreferentInnenstellen,
- eine zeitgemäße Erhöhung des Sockelbetrags der Zentralen Führungsmittel

Das Gesamtkonzept der saarländischen Kinder- und Jugendpolitik muss folgende Punkte beinhalten:

- mindestens eine weitere Vollzeitstelle beim Landesjugendring Saar,
- eine kontinuierliche Sicherung des Bedarfs an JugendbildungsreferentInnenstellen,
- die Vollfinanzierung der JugendbildungsreferentInnenstellen, verbunden mit der Abschaffung der derzeitigen Praxis der Mitfinanzierung von 20% der Personalkosten durch die Jugendverbände,
- eine angemessene Eingruppierung der JugendbildungsreferentInnenstellen nach Qualifikation und Anforderungsprofil, die über der unzureichenden bisherigen Eingruppierung in TV-L 9 liegen muss.

Einstimmig beschlossen

¹ Vgl. Beschluss der Landesjugendring-Hauptausschuss-Klausur vom 2. Dezember 2017.